

Heute steht Julian Assange in London vor Gericht und wird erfahren, ob er an die USA ausgeliefert wird oder nicht. Lange hatten seine Unterstützer gehofft, der Wikileaks-Gründer würde vor der Urteilsverkündung begnadigt. Denn während Assange mit den schlechten Bedingungen in seiner Einzelhaft im Londoner Belmarsh-Hochsicherheitsgefängnis kämpft (kaputte Heizung, undichte Fenster, die er mit Büchern schließt, schlechte Kleidung), rufen seine Unterstützer auf Twitter unermüdlich zu seiner Freilassung auf. Statt Assange begnadigte Trump jedoch ein paar Söldner der Firma Blackwater, verurteilte Kriegsverbrecher, die im Irak ein Massaker an Zivilisten verübt haben. Wir haben uns mit Jennifer Robinson auf Zoom verabredet, um zu erfahren, wie es Julian Assange geht und was aus Wikileaks wird. Niemand weiß das so genau wie sie: Robinson vertritt Assange seit 2010 vor Gericht.

VON ANGELA RICHTER

WELT: Warum sind Sie Menschenrechtsanwältin geworden?

JENNIFER ROBINSON: Nun, ich komme aus einer kleinen Stadt in Australien. Alles begann mit den Nachrichten aus Osttimor, Australien führte die UN-Friedenstruppe an, die den indonesischen Kriegsverbrechen dort ein Ende setzen sollte. Es war wie eine Erweckung. Und so begann ich mich für das „humanitäre Völkerrecht“ zu interessieren, ging an die Uni, um Diplomatin zu werden. Ich hatte eine sehr naive Vorstellung von der australischen Außenpolitik. Ich war davon überzeugt, dass Australien das Richtige tat, um die Kriegsverbrechen zu beenden. Aber je mehr ich mich in mein Studium vertiefte, desto mehr erfuhr ich darüber, dass mein Land diese Kriegsverbrechen für viele, viele Jahre begünstigt hatte – die es jetzt beenden wollte.

Sie spielen damit auf „Cablegate“ an, die größte Veröffentlichung von US-Diplomatendepeschen in der Geschichte durch Wikileaks. Sie sind also quasi auf die Gegenseite gewechselt. Warum sind Sie nicht Diplomatin geworden?

Die Entscheidung fiel, als ich nach Indonesien ging, um mit einer kleinen Menschenrechtsorganisation in Westpapua zu arbeiten. 2002 wurden einige Amerikaner in der Freeport-Goldmine getötet, der größten Gold-Kupfer-Mine der Welt. Sie liegt in einem umkämpften Gebiet. Die USA unterstützen seit jeher die indonesische Besatzung, um genau diese Ressource zu kontrollieren. Wir untersuchten den Fall vor Ort und fanden heraus, dass die Amerikaner von Leuten getötet worden waren, die im Sold von indonesischen Militärs standen. Die USA führten ihre eigenen Ermittlungen durch. Irgendwann kam ein US-Diplomat zu uns und sagte, wir sollten den Mund halten und sehr vorsichtig sein mit dem, was wir sagen. Ich weiß noch, wie entsetzt ich darüber war, dass dieser amerikanische Diplomat mehr daran interessiert war, die geopolitischen Interessen der Vereinigten Staaten zu schützen als die Wahrheit über den Mord an diesen US-Bürgern öffentlich zu machen. Unsere Ermittlung bedeutete das Ende für meine diplomatische Karriere. Mir wurde damals klar, dass ich auf der Seite der Menschen stehen wollte – und nicht auf der Seite der Regierungen.

Auf der Seite der Menschen stehen Sie nun auch im Fall Assange. Nach jahrelangem Schweigen hat das Auswärtige Amt am 30. Dezember 2020 ein Statement veröffentlicht, in dem die Beauftragte für Menschenrechtspolitik der Bundesregierung, Bärbel Kofler, ihre „Sorge“ kundtut angesichts der Bedingungen, unter denen Assange in London festgehalten wird. Zweifeln Sie manchmal an der Rechtsstaatlichkeit?

Absolut. Julians Fall sollte jedem Angst machen. Wenn ich auf die letzten zehn Jahre zurückschaue, erinnere ich mich ganz besonders an die Anfänge, als der Druck auf ihn immer extremer wurde. Die Wikileaks-Bankkonten wurden eingefroren und die Propagandamaschine wurde immer intensiver und effizienter. Die Bürger sollten ernsthaft hinterfragen, was sie in den Medien lesen – und wie das ihre Ansichten über diesen Fall beeinflusst hat. Visa, PayPal, MasterCard, alle sperrten Wikileaks die Spenden. Die Unterstützung aus der Bevölkerung war enorm. Die Organisation er-

hielt damals bis zu 20.000 Euro am Tag. Aber als die Banken den Geldhahn zudrehten, war es das. Die erste schwedische Staatsanwältin hatte den Fall fallen gelassen. Warum wurde das Verfahren wieder eröffnet? Es zog sich über Jahre hin. Er hatte keine Chance, sich zu verteidigen. Er landete in einem juristischen schwarzen Loch. Und das ging immer so weiter. Er ist der erste Journalist in der Geschichte, der wegen Spionage angeklagt wird. Ihm drohen 175 Jahre Gefängnis in den USA. Wegen preisgekrönter Veröffentlichungen über Kriegsverbrechen, Folter und Menschenrechtsverletzungen.

Ich erinnere mich genau an den Tag im Sommer 2012, als er in die Bot-

schaft flüchtete und dort um Asyl nachsuchte. Das öffentliche Urteil lautete: paranoid. Jetzt ist klar, dass er sehr realistisch war.

Um auf Ihre Frage zur Rechtsstaatlichkeit zurückzukommen: Wenn ich alles, was in den letzten zehn Jahren passiert ist, aufzähle, dauert das eine Ewigkeit. Aber eines ist mir wichtig: Wir haben 2016 eine Entscheidung der UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierung vorgelegt bekommen, die besagt, dass seine Zeit in der Botschaft rechtswidrig war. Das Vereinigte Königreich und Schweden wären verpflichtet, den Fall sofort zu lösen und ihm die Ausreise zu ermöglichen. Die Reaktion Großbritanniens auf diese UN-Entscheidung hat mich wirklich an der interna-

viele infrage, wie effektiv das Gesetz wirklich ist. Ich glaube aber immer noch, dass das Gesetz ein mächtiges Werkzeug ist, um es mit mächtigen Interessen aufzunehmen.

Aber in diesem Fall sehen wir auch die Grenzen des Gesetzes.

Der Fall ist beides, entmutigend und inspirierend! Ich erinnere mich, dass ich ziemlich beeindruckt war, dass eine kleine Gruppe von Menschen eine Supermacht bis ins Mark erschüttern kann. So wie Wikileaks es tat.

In letzter Zeit gab es Bemühungen von der „New York Times“, dem „Guardian“ und dem „Spiegel“, ihn zu unterstützen, weil es eine Gefahr für

CIA-Entführung und Folter war und dass Druck auf europäische Länder ausgeübt wurde, die CIA nicht zu belangen, obwohl sie diese illegalen Aktivitäten in Europa durchgeführt hatte.

Ein aktuelles Beispiel ist der Fall der Chagos-Inseln. Sie haben 2019 die Republik Vanuatu vor dem Internationalen Gerichtshof vertreten. Wie wichtig waren die Wikileaks-Enthüllungen in diesem Fall?

Wir haben das Wikileaks-Material benutzt im Prozess gegen die unrechtmäßige Besetzung der Chagos-Inseln durch Großbritannien. Um zu beweisen, wie diese Inseln für militärische Zwecke der USA benutzt werden. Die koloniale Haltung der beiden Länder

trachtet zu haben. Der Fokus wurde vor allem auf den Charakter von Assange gelegt. Als ich das Auslieferungsverfahren verfolgte, war ich sehr überrascht zu erfahren, dass die Wikileaks-Enthüllungen dazu beigetragen haben, die Drohnenangriffe in Pakistan zu beenden.

Es ist tatsächlich eines meiner Lieblingsbeispiele dafür, wie Wikileaks-Material verwendet wird, um Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen. 2011, als dieses Material veröffentlicht wurde, ging ich nach Pakistan, um mich mit Opfern von Drohnenangriffen zu treffen und mit den Anwälten vor Ort zu arbeiten. Wir versuchten, die US-Regierung für diese illegalen Tötungen zur Rechenschaft zu ziehen. Es wurden so viele Zivilisten bei diesen Drohnenangriffen getötet! Und es war herzzerreißend, Menschen zu treffen, die ihre Mutter, ihren Vater, ihre Kinder verloren hatten, ganz normale Leute. Ich habe Zeit mit Imran Khan verbracht, der jetzt Premierminister von Pakistan ist. Er beharrte damals darauf, dass das Wikileaks-Material als Beweismaterial unverzichtbar sei. Die pakistanische Regierung hatte ja den Vereinigten Staaten diese Angriffe auf die Bevölkerung erlaubt! Und jetzt ist der Mann, der der eifrigste Kämpfer gegen diese Drohnenangriffe war, ihr Premierminister. Es ist wichtig, dass die Menschen endlich die Bedeutung dieser Veröffentlichungen verstehen.

Um auf den Prozess zurückzukommen, in den letzten Tagen wurde auf Twitter viel darüber spekuliert, ob Donald Trump in seinen letzten Wochen als Präsident Assange begnadigen würde. Trump begnadigte stattdessen die Blackwater-Söldner, die Massaker verübt haben an Zivilisten. Wie ich aus den Anhörungen vor Gericht in London erfahren habe, hat Trump ihm bereits 2017 eine Begnadigung im Austausch für Informationen über die Quelle der Clinton-Leaks angeboten. Sie haben als Zeugin darüber ausgesagt. Was passierte damals in der ecuadorianischen Botschaft?

Ich wurde gebeten, über ein Treffen mit Julian 2017 auszusagen. Es war das erste Mal, dass ein US-Kongressabgeordneter ihn in der Botschaft besucht hat, der Republikaner Dana Rohrabacher. Damals war Trump Gegenstand der Mueller-Ermittlungen. Wir diskutierten ausführlich über die Untersuchung, über die Auswirkungen, die diese US-Russland-Diskussion für das hatte, was der Kongressabgeordnete als „Wiederbelebung der alten Politik des Kalten Krieges“ nannte. Es gab ein großes politisches Interesse von Trump, diese Spekulationen zu beenden. Rohrabacher bot einen Deal an: Sie würden ihn begnadigen, wenn er die Quelle der Clinton-Enthüllungen offenlegen würde. Sie wollten von ihm den Beweis haben, dass nicht der russische Staat die Quelle war. Julian hatte ja immer öffentlich versichert, dass die Quelle nicht russisch sei, aber natürlich war er nicht bereit, die echte Quelle zu verraten. Das hat er auch vor Gericht bestätigt. Julian war Quellenschutz immer das Heiligste. Deshalb war es nicht sehr überraschend, dass er den Deal abgelehnt hat. Wir wissen jetzt, dass in den Monaten, nachdem er den Deal abgelehnt hatte, Anklage gegen ihn erhoben wurde.

Als über die Geschichte berichtet wurde, hat Trump alles abgestritten. Klar. Und natürlich behauptete der Abgeordnete später, er sei nicht im Auftrag von Trump erschienen. Uns hat er bei diesem Treffen aber versichert, dass das Angebot mit der Zustimmung des Präsidenten selbst erfolgt sei. Als öffentlich wurde, dass ich in der Sache als Zeugin aussagen würde, gab ein Sprecher des Weißen Hauses das Statement aus, dass das wohl ein „DNC Hoax“ sein müsse, was natürlich Quatsch ist. Die US-Staatsanwältin haben meine Zeugenaussage anerkannt.

Die Richterin Vanessa Baraitser wird heute, am 4. Januar 2021, ihr Urteil über die Auslieferung von Julian Assange verkünden. Was, glauben Sie, wird passieren?

Ich kann nicht viel mehr sagen, als dass die Entscheidung existenziell sein wird, weil die Anfechtung von Auslieferungen immer schwierig ist. Wir würden aber natürlich in Berufung gehen. Wir werden die Erlaubnis dazu dann beantragen müssen. Wenn sie gewährt wird, könnte sie später im Jahr angehört werden. Wenn wir hingegen keine Erlaubnis bekommen, wird Julian Assange ausgeliefert.

„Der Fall Assange sollte allen ANGST machen“

Jennifer Robinson war noch keine 30, als sie die Vertretung von Julian Assange übernahm. Heute wird in London über seine Auslieferung entschieden. Im Interview spricht seine Anwältin über die Skandale, die noch in den Wikileaks-Papieren schlummern



Keineswegs nur Nachrichten von gestern: Julian Assange nach seiner Verhaftung im April 2019

GETTY IMAGES/JACK TAYLOR/IMAGO IMAGES / A&P



Jennifer Robinson

Die australische Juristin Jennifer Robinson, geboren 1981, ist eine der weltweit bekanntesten Menschenrechtsanwältinnen, die vor allem für die Verteidigung der Meinungsfreiheit eintritt. Seit zehn Jahren arbeitet sie für Wikileaks, zuletzt war sie auch für die Unabhängigkeitsbewegung in West-Papua tätig.

nationalen Rechtsstaatlichkeit zweifeln lassen. Ausgerechnet Großbritannien! Das Land hat von anderen Ländern immer gefordert, dass sie sich an die Beschlüsse der UN-Arbeitsgruppe halten sollen. Das ist für mich der Grund, warum Julians Fall ein so schockierendes Beispiel dafür ist, was passiert, wenn, nun ja, der mächtigste Staat der Welt auf dich losgeht.

Nachdem ich die Anhörungen beobachtet hatte, bin ich zu dem Schluss gekommen, dass es sich eher um einen politischen als um einen juristischen Fall handelt.

Ganz genau. Das ist eigentlich mein Punkt – und es ist ein Schlüsselement unserer Verteidigung vor Gericht. In Fällen wie diesem, in denen man es mit mächtigen Interessen zu tun hat, stellen

die Pressefreiheit selbst ist, wenn er ausgeliefert würde. Was weniger diskutiert wird, ist sein Kampf für totale Transparenz als Zielvorgabe. Wurde das von der Pressefreiheitsdebatte überschattet?

Wir reden sehr viel über das Risiko für die Pressefreiheit, wenn Julian verurteilt wird. Aber es geht nicht nur darum. Es geht auch um die Fähigkeit der Gesellschaft, die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen. Es gibt zahlreiche Fälle auf der ganzen Welt, in denen das Wikileaks-Material ein wesentlicher Beweis vor Gericht war, um Opfern von Menschenrechtsverletzungen zur Gerechtigkeit zu verhelfen. Beim Fall von el-Masri vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zum Beispiel hat Wikileaks-Material geholfen zu beweisen, dass er Gegenstand von

gegenüber dem Anspruch auf Selbstbestimmung der Bewohner der Chagos-Inseln und von Mauritius. Die Depeschen wurden in vielen Fällen zitiert, vor dem Internationalen Strafgerichtshof, dem Internationalen Gerichtshof und vor dem britischen Obersten Gerichtshof. Der britische Oberste Gerichtshof hat geurteilt, dass Wikileaks-Dokumente als Beweismittel zulässig sind. Wir werden im Laufe der Zeit immer mehr Fälle sehen, in denen Wikileaks-Dokumente zitiert werden. Sie werden eine Bedeutung erlangen, die wir noch gar nicht erfassen können.

Nichts davon ist der breiten Öffentlichkeit bewusst, die meisten Leute denken, die Wikileaks-Depeschen sind „old news“. Journalisten scheinen das Material nur oberflächlich be-